



**Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und
Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge
(84. Sitzung)
Arbeitsgruppe "Staatsbad Oeynhausen"
des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit, Soziales
und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge
(10. Sitzung) (nur TOP 1)**

Gemeinsame Sitzung (nicht öffentlich)

15. März 2000

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.00 Uhr bis 13.20 Uhr

Vorsitz: Bodo Champignon (SPD)

Stenograf: Otto Schrader

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Stand der Ermittlungen und Verantwortlichkeiten im Zusammenhang mit der so genannten Affäre Staatsbad Oeynhausen

Einem Bericht der Ministerin für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit schließt sich eine Aussprache an.

(Diskussionsprotokoll Seite 1)

2 Gesetz zur Änderung des Heilberufsgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften sowie zur Errichtung einer Psychotherapeutenkammer

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 12/4379

Die Fraktionen kündigen für die nächste Sitzung Änderungsvorschläge zu dem Gesetzentwurf an.

(Diskussionsprotokoll Seite 12)

3 Gefährdet der Punktwert-Verfall die psychotherapeutische Versorgung in NRW?

Vorlage 12/3196

Die Ministerin für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit aktualisiert den in der letzten Sitzung dazu gegebenen Bericht und beantwortet Fragen aus dem Ausschuss.

(Diskussionsprotokoll Seite 13)

4 Droht ein weiterer Abbau von Krankenhausbetten in Nordrhein-Westfalen?

Nach einem Bericht der Ministerin für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit tritt der Ausschuss in eine Diskussion ein.

(Diskussionsprotokoll Seite 15)

5 Frauengerechte Gesundheitspolitik

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 12/4677

Die Ministerin für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit berichtet; dem folgt eine Stellungnahme der frauenpolitischen Sprecherin der GRÜNEN-Fraktion.

(Diskussionsprotokoll Seite 26)

6 Frühförderung behinderter Kinder: NRW muss Spitze in Deutschland werden

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 12/4667

Nach einem Bericht der Ministerin für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit machen die Fraktionen ihre Haltung zu dem Antrag deutlich.

(Diskussionsprotokoll Seite 31)

7 Für eine vorsorgende und vernetzte Lärmschutzpolitik in NRW

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 12/4598

Der Ausschuss kommt überein, auf ein Votum an den federführenden Ausschuss zu verzichten.

(Diskussionsprotokoll Seite 37)

8 Regionalisierte Strukturpolitik weiterentwickeln - Mehr Arbeitsplätze in wettbewerbsfähigen Regionen mit hoher Umweltqualität

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 12/4608

Der Ausschuss stimmt dem Antrag mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN bei Enthaltung der CDU zu.

(Diskussionsprotokoll Seite 38)

* * *

2 Gesetz zur Änderung des Heilberufsgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften sowie zur Errichtung einer Psychotherapeutenkammer

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 12/4379

Vorsitzender Bodo Champignon stellt einleitend fest, zu dem Gesetzentwurf habe man am 2. Februar eine öffentliche Anhörung durchgeführt. Das Wortprotokoll liege unter der Ausschussprotokollnummer 12/1507 vor. In der letzten Sitzung dieser Legislaturperiode am 5. April sollte es gelingen, zu diesem Gesetzentwurf der Landesregierung eine Beschlussempfehlung und einen Bericht abzugeben. Für die heutige Sitzung sei eine Aussprache zu dem Gesetzentwurf insbesondere unter Berücksichtigung der öffentlichen Anhörung vorgesehen.

Horst Vöge (SPD) stimmt dem Verfahrensvorschlag zu und nennt für die SPD-Fraktion folgende beratungsbedürftige Punkte: die Kammerbezeichnung, die Anzahl der Kammern, die Aufgaben der Kammern, die Weiterbildung, der Gründungsausschuss und die Bildung von Kapitalgesellschaften. Seine Fraktion sehe zumindest bei einigen dieser Punkte eine Veränderungsnotwendigkeit des Gesetzentwurfs.

Daniel Kreutz (GRÜNE) schließt sich den Ausführungen seines Vorredners an. Trotz der Vielfältigkeit der psychotherapeutischen Organisationslandschaft habe es in der Anhörung Botschaften gegeben, die mit erstaunlichem Einvernehmen von den Beteiligten vorgetragen worden seien. Auch seine Fraktion erkenne an der einen oder anderen Stelle des Gesetzentwurfs die Möglichkeit, ihn zu verbessern, und hoffe, mit dem Koalitionspartner zu entsprechenden Vereinbarungen zu kommen.

Rudolf Henke (CDU) äußert, die von Herrn Vöge genannten Themenfelder befänden sich auch in der CDU-Fraktion im Gespräch.

Zu § 6 - Definition der Aufgaben - habe Herr Mattenklotz in der Anhörung auf ein Urteil des OVG vom Dezember 1999 hingewiesen, das man noch nachvollziehen müsse.

Was die Zahl der Kammern anlange, so wolle man einerseits keine Leitentscheidung treffen, die für alle anderen Heilberufe die zwei Kammern zur Disposition stelle. Andererseits sei bei der Psychotherapeutenkammer auch der Punkt erreicht, an dem man sich fragen müsse, ob es wegen des notwendigen Aufwands noch legitim sei, zwei Kammern zu installieren. Vielleicht sollte man einmal darüber nachdenken, ob ein Weg gefunden werden könne, nach dem beispielsweise zwei Kammern eine Geschäftsstelle führten.

Vorsitzender Bodo Champignon bittet die Fraktionen, Änderungsanträge möglichst bis zum 4. April im Ausschusssekretariat vorzulegen, damit sie rechtzeitig vor der Sitzung verteilt werden könnten.

3 Gefährdet der Punktwert-Verfall die psychotherapeutische Versorgung in NRW?

Vorlage 12/3196

Vorsitzender Bodo Champignon stellt voran, das Manuskript der von Herrn Bösche in der letzten Sitzung vorgetragenen Rede sei zwischenzeitlich an die Ausschussmitglieder unter der oben genannten Vorlagennummer zur Vorbereitung auf die heutige Sitzung weitergeleitet worden.

Rudolf Henke (CDU) fragt Ministerin Fischer, ob sich seit der letzten Sitzung Berichtenswertes ergeben habe.

Ministerin Birgit Fischer legt dar, in dem Bericht sei darauf hingewiesen worden, dass das Ministerium die Vertragsparteien in Nordrhein und Westfalen-Lippe aufgefordert habe, spätestens bis zum 29. Februar Vereinbarungen im Hinblick auf die Regelung des § 11 Abs. 2 PTG für das Jahr 1999 zu treffen. Die beiden Kassenärztlichen Vereinigungen, die Landesverbände der Krankenkassen und die Verbände der Ersatzkassen seien aufgefordert worden, geeignete Maßnahmen zur Begrenzung der Punktwertdifferenzen zu treffen.

Seitdem sei Etliches in Bewegung geraten. Die Verhandlungspartner gingen nunmehr davon aus, dass endgültige Vertragsabschlüsse in den nächsten Wochen zu erreichen seien. Dabei sei zu erwarten, dass in Nordrhein zumindest der untere Investitionspunktwert von 6,6 Pfennig realisiert werde und dieser Wert in Westfalen-Lippe überschritten werden könne.

Die KV Westfalen-Lippe und der Landesverband der Betriebskrankenkassen stünden kurz vor Abschluss einer Pilotvereinbarung. Es sei davon auszugehen, dass diese zu einer Vereinbarung mit den weiteren Vertragspartnern führen werde. Mit den anderen Primärkassen werde diese Vereinbarung bis Mitte April 2000 angestrebt.

Unter dieser Voraussetzung sei zum jetzigen Zeitpunkt davon auszugehen, dass man auf eine Anrufung der Schiedsämter verzichten könne. Man werde beobachten, ob es zeitnah zu Vertragsvereinbarungen komme. Falls dies nicht der Fall sei, könne man allerdings auf die Anrufung der Schiedsämter nicht verzichten. Das zu befürchten, gebe es im Moment allerdings keinen Anlass.

Es sehe so aus, dass es hinsichtlich des Honorarverteilungsmaßstabs für das Jahr 2000 eine einvernehmliche Regelung geben werde, bei der ein Punktwert gefunden werde, der über dem